

Diese Zeitung erscheint  
jede Woche Sonnabends.  
Preis pro Quartal durch  
die Post bezogen 1,-  
eingezogen in die Post-  
zeitungsliste Nr. 6422.

Anzeigenpreis:  
Arbeitsvermittlungs- und  
Bürostellen-Anzeigen bis  
3 geplante Annoncen-Zeile  
50,-  
Geschäftsanzeigen werden  
nicht aufgenommen.

# Der Proletarier

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Brey.  
Druck von C. A. H. Meister & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover.  
Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition:  
Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

### Bevölkerungsforgen.

II.

Die Versuche, die Ursachen des Geburtenrückgangs festzustellen, werden offenbar dadurch erschwert, wenn nicht völlig verhindert, daß man mit vorgefassten Meinungen an die Untersuchung herangeht. Gewisse Leute sind mit einer Antwort auf die Frage, warum die Zahl der Geburten in den letzten Jahrzehnten so schnell abnimmt, gleich bei der Hand. Der deutsche Landwirtschaftsrat, die amtliche Vertretung des Agrarientums, macht die Großstädte dafür verantwortlich und singt ein Lied auf das flache Land, als den ewigen Brunnen der Bevölkerung. So allgemein hingestellt ist die Behauptung, daß auf dem Lande der Prozentsatz der Geburten höher sei als in der Großstadt, vollständig unrichtig. In den Großstädten des rheinisch-westfälischen Industriebezirks ist der Kinderreichtum verhältnismäßig größer als in Ostelbien, wo der Großgrundbesitz vorherrscht; das Agrarientum hat also gar keine Ursache, mit pharisäischem Augenauflauf auf die Verderbtheit der Großstädte herabzublicken. Auch das industrielle Schatzmachtum hat sich mit dieser Frage beschäftigt und dabei mit frecher Stirn behauptet, daß die sozialdemokratischen Arbeiter die Schuld an dem Geburtenrückgang trügen. Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ weiß sogar zu berichten, daß die klasse- und zielbewußten Sozialdemokraten aus reiner Niederträchtigkeit die Kinderzeugung einstellten, um dadurch den Staat und die Kapitalisten auszutrocknen zu sehen. Die Erzählung von einem derartigen „Massenstreit“ ist so lächerlich, daß man sich ernstlich nicht damit zu beschäftigen braucht. Wie jeder Kenner der Verhältnisse weiß, sind es nicht die Arbeiterkreise, sondern die Mittels- und Oberschichten, die in puncto Kinderzeugung sehr zurückhaltend sind. Die Oberschichten legen, wie allgemein bekannt ist, Wert darauf, daß ihr Vermögen durch allzuviel Kinder nicht zu sehr zerstückelt wird, abgesehen davon, daß die Frauen dieser Gesellschaftskreise wenig Lust verspüren, die mit häufigen Schwangerheiten und Geburten verknüpften persönlichen Unannehmlichkeiten auf sich zu nehmen. Was die Mittelschichten betrifft, so wird auch dort ein starker Familienzuwachs und eine große Familie als eine Last empfunden, weil die Erziehung und Ausbildung der Kinder große Kosten verursacht. Wenn ein Sohn etwas lernen soll, dann ist er später eine standesgemäße Versorgung, findet, oder wenn eine Tochter eine standesgemäße Aussteuer bekommen soll, so kostet das allerlei Geld. Hier ist in Wirklichkeit der eigentliche Nährboden für den Geburtenrückgang in den Mittel- und Oberschichten zu suchen, während in den Arbeiterkreisen das Zeugungsgeschäft noch nach altem frommem Brauche fortgesetzt wird.

Die preußische Regierung hat vor kurzem in ihrem Organ, der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, zu der Frage des Geburtenrückgangs Stellung genommen und dabei gemeint, es handle sich vorwiegend um ein Problem sozialer Art, da an eine natürliche Ursache, nämlich an eine Erschöpfung der Rasse, nicht zu denken sei. Man hat ein soziales Gesetz formuliert, wonach steigender Wohlstand von sinkenden Geburtenziffern begleitet ist. Ebenso lehrt die geschichtliche Erfahrung, daß die höhere Zivilisation und Kultur den Drang des Individuums zu selbständiger und möglichst unbeengter Entwicklung, und zwar häufig auf Kosten der Fortpflanzung, steigert. Das Unwissen der Ansprüche an das Leben in idealer Konkurrenz mit der zunehmenden Kompliziertheit und Unsicherheit des Lebens mag dazu führen, den Zuwachs der Familie als Last zu empfinden. Wir brauchen bloß einen Blick auf die Wohnungsverhältnisse der Großstädte zu werfen, in denen viele Haushälter aus Eigennutz und Bequemlichkeit Kinderlosigkeit oder geringe Kinderzahl oft genug zur Voraussetzung bei Abschluß des Mietkontraktes machen, um die Schwierigkeiten zu erkennen, die kinderreichen Familien bei dem engen Zusammenwohnen in den Städten auf Schritt und Tritt begegnen. So ist das Wohnungswesen, dieses ebenso schwierige wie wichtige soziale Problem, sicherlich in hervorragendem Maße auch an der Frage des Geburtenrückgangs beteiligt. Wie die Erfahrung lehrt, ist den allgemeinen Erscheinungen der Bevölkerungsbewegung mit den doch immerhin beschränkten staatlichen Mitteln nicht leicht beizukommen. Die Gefahr liegt nahe, daß nur auf Symptome fixiert, das Uebel aber nicht an den tiefesitzenden Wurzel erfaßt wird. Jedenfalls aber dürften sich für den Fall der Not zwei Weihen von Abwehrmaßnahmen als notwendig erweisen; solche ökonomischer und sozialer Natur und solche der Belohnung und Vollziehung, wozu unter anderem auch eine schärfer Ueberwachung mancher Anpreisungen von Geheimmitteln und eine systematische Propaganda gegen malthusiatische Tendenzen gehören dürfte. Die Statistik legt die Vermutung nahe, daß an den Sinken der Geburtenziffern in erster Linie die städtische Bevölkerung die Schuld trägt. So tritt hier die Leutenot und die Abwanderung vom Lande in die Stadt in anderer Form als Bevölkerungsproblem wieder auf und die Zweidimensionalität, ja Notwendigkeit der inneren Kolonisation tritt auch hier in den Vordergrund. Für die Großstädte aber wäre in erster Linie durch Förderung der Gartenstadtbewegung, gemeinschaftiges Bauwesen, Ausbildung der Verkehrsmittel Abhilfe anzustreben. Zur Bevölkerungsförderung ist noch darauf hinzuweisen, daß nicht bloß die Fruchtbarkeit der Ehen, sondern auch die Häufigkeit der Geschlechtungen seit 1906 eine fortwährende Verminderung erfahren hat.

Die Auffassung der Regierung trifft insofern das Richtige, als es sich bei dem Problem des Geburtenrückgangs tatsächlich um einen Komplex von wirtschaftlichen, sozialen und sozialgeistigen Ursachen

handelt. Die Lösung des Problems ist sonach eine Aufgabe der Gesellschaftswissenschaft, der Wissenschaft von den Wechselwirkungen der Menschen untereinander. Nein wirtschaftliche Ursachen allein reichen hier nicht aus, denn die wirtschaftlichen Faktoren beeinflussen das sozialgeistige Leben eines Volkes und erzeugen eine bestimmte Lebensanschauung und Lebensfaltung. In der Tat besteht ein inniger Zusammenhang zwischen wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Leben, wie die Moralstatistik unwiderstehlich nachgewiesen hat. Allerdings ist das Bevölkerungsproblem heutzutage noch so wenig geklärt, daß nicht einmal die Frage entschieden ist, ob die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage eine Vermehrung oder eine Verminderung der Geburten im Gefolge hat. Dass das wirtschaftliche Leben, die Zahl der Geburten beeinflusst, lehrt uns die Erfahrung. Es ist ja klar, daß in einer Zeit, in der die Lebenshaltung des Volkes so ungeheuerlich verteuert wird, die Zahl der Geburten sinken muß. Auch die Wohnungsfrage spielt hier eine Rolle, und besonders in den Großstädten wird schon allein aus räumlichen Gründen eine große Kinderzahl als Last empfunden. Auf die Wechselwirkung zwischen den Kosten der Lebenshaltung und der Zahl der Geburten hat erst kürzlich der wissenschaftliche Beirat für das preußische Medizinalwesen hingewiesen. Zwei hervorragende Mitglieder machten die zunehmende Unterernährung der Arbeiterklasse für den Geburtenrückgang verantwortlich. Der Obermedizinalrat Dr. Dietrich bellagierte die mangelhafte Ernährung der ländlichen Unterschichten, wodurch die schwangeren Frauen und die ungeborenen Kinder schwer geschädigt würden. Und sein Kollege Dr. Bistor erklärte den Hauptgrund für die Abnahme der Geburten — wie er wörtlich sagte — in der fortwährend zunehmenden Versteuerung der Lebenshaltung des deutschen Volkes, die durch die im Interesse der unersättlichen und geldzerrigen Agrarier ins Leben gerufene Gesetzgebung noch fortwährend und unaufhaltsam steigt. Deshalb forderte er als die wichtigste Maßregel des Staates zur Steigerung der Geburtenziffer, abgesehen von einer großzügigen Verbesserung der Wohnungs- und Verkehrsverhältnisse, die Herabsetzung der Höhe auf die wichtigsten und unentbehrlichsten Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände, das heißt also, eine Änderung der agrarischen Gesetzgebung zugunsten der Gesamtheit der Bevölkerung. Und er nannte die gerechte Verteilung der Rassen auf die tragfähigen Schultern Anhang und Ende aller modernen Staatsweisheit.

Die agrarische Presse wendet sich natürlich mit großer Erbitterung gegen derartige Ansichten: gerade die geistige soziale Fürsorge für die Unterschichten habe eine tiefsitzende Unzufriedenheit und Massenverdrossenheit erzeugt, und hierin sei die Ursache des Geburtenrückgangs zu suchen. Darum erscheine eine Hemmung der Sozialreform und eine Stärkung des Bauernstandes als geeignetes Gegenmittel. Man darf wohl gespannt sein, wie sich die preußische Regierung in dieser Zwischenmühle benehmen wird. Die moderne Arbeiterschaft kann zunächst der Entwicklung ruhig zusehen. Sie weiß, daß sie sich durch eine zahlreiche Nachkommenzahl nur immer neue Konkurrenten großzieht und daß sie den Kapitalisten überflüssige und deshalb billige Arbeitskräfte liefert. Danach wird sie ihr Verhalten einrichten, wobei sie allerdings nicht vergessen darf, daß sie auch gegenüber der Gesamtheit Pflichten zu erfüllen hat. Die Bevölkerungsfrage ist ein kompliziertes Problem, dessen Lösung noch im Zukunftshofe ruht. Schon heute aber kann man sagen, daß die Kulturmenschheit ihre Entwicklung auch auf diesem Gebiete nicht mehr dem Zufall und dem blinden Schicksalswalten überlassen darf, sondern daß sie das Geschlechtsleben und insbesondere das Zeugungsgeschäft mit Bedacht ein, unter Kenntnis der natürlichen und sozialen Gesetze, nach vernünftigen, sozialmoralischen Gesichtspunkten regeln muß. B.

### Der Unfallrentenkampf und die Hilfe der Organisation.

Der in unserer Organisation organisiert gewesene — durch Unfall verstorben — Arbeiter Szametat hatte am 19. Juni 1906 bei der Firma G. A. von Peinen in Braunschweig einen Bruch der Lendenwirbelsäule erlitten, wobei der Brustkorb ebenfalls eine schwere Quetschung davongetragen hatte. Der Verletzte war im Vorweg infolge unverachteter Anziehens der Pferde zwischen Wagen und Torweg zusammengeprallt worden und mußte in das Herzogliche Krankenhaus in Braunschweig transportiert werden. Nach der Angabe des Verletzten hätten sich sofort Blutauswurf, Schmerzen in der Brust und später Kurzatmung und Hustenreiz eingestellt. Am 19. September 1906 wurde Szametat noch als völlig arbeitsunfähig aus dem Herzoglichen Krankenhaus entlassen und ging zwecks Weiterbehandlung zu Dr. Bertram in Braunschweig. Er fand dort keine Genesung und ging am 21. August 1907 zu Dr. Franken in Braunschweig zwecks weiterer Behandlung, welcher bei diesem kräftigen Mann neben obigen Unfallbeschwerden ein beginnendes Lungenerleiden, Herzstörungen und Nierenentzündung feststellte.

Die Sektion V der Lagerei-Berufsgenossenschaft in Bremen wollte alle Beschwerden — außer Verletzung der Wirbelsäule — nicht erkennen, sondern entschädigte Szametat nur für den Bruch der Lendenwirbelsäule bis zum 1. Februar 1907 mit der vorübergehenden Vollrente und vor da an mit nur 50 Prozent Teillrente! Seine hiergegen eingelegte Berufung hatte keinen Erfolg, so daß er infolge seines immer bedauernswerter gewordenen Zustandes einen Verjährungsantrag bei obiger Berufsgenossenschaft einreichen mußte. Aber auch diesen Rentenerhöhungsantrag lehnte die Sektion V der Lagerei-Berufsgenossenschaft unter dem 26. August 1909 ab, weil angeblich keine Unfallfolgenberichtigung eingetreten sei! Hiergegen wurde nun das Berufsprüfungsvorjahr beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung in Braunschweig ergriffen, welches wiederum am 3. Dezember 1909 erfolglos verließ. In der Urteilsbegründung des Schiedsgerichts hieß es u. a.:

„Der Berufung war ohne weitere Beizeichnung der Erfolg zu verfolgen, da Professor Sprangenberg, dessen Sachkunde und Objektivität keinem Zweifel begegnen kann und der über die Art der Verletzung schon aus früheren Untersuchungen genau unterrichtet war, in dem einzigartigen Gutachten vom 2. August 1909 überzeugend nachgewiesen hat, daß die dem Unfall vom 19. Juni 1906 noch zur Last zu legenden Erwerbsbeschränkung mit 50 Prozent besonders wohlwollend abgeschafft, die darüber hinausgehende Heraushebung der Erwerbsfähigkeit des Klägers aber an den Lungenleiden zurückzuführen ist, das mit jenem Unfall in keinerlei tatsächlichen Zusammenhang steht, unter solchen Umständen aber die von dem Kläger beigebrachte Rentenerhöhung der gesetzlichen Grundlage entbehrt. Die Bezeichnung des Dr. Bertram vom 14. Juli 1909 geht von der falschen Voraussetzung aus, daß es sich bei dem Unfall um eine Quetschung des Brust gehandelt habe und gibt überdies nur die Möglichkeit eines tatsächlichen Zusammenhangs zwischen Lungenerleiden und Unfall zu.“

Zweit wurde der Verletzte durch die Ortsverwaltung unserer Organisation unter Gewährung des Rechtstitzes an das Arbeiterssekretariat in Braunschweig verwiesen, welches sofort gegen vorgenanntes Urteil beim Reichsversicherungsamt in Berlin Rechts einlegte. Es wurde bemängelt im Rechtsverfahren, daß man Herrn Dr. J. Frank als lange behandelter Arzt nicht gehört habe, welcher mit großer Wahrscheinlichkeit alle vorgenannten Krankheitsercheinungen auf Unfallfolgen zurückgestellt hätte. Auch müssten die Angaben des Verletzten — daß er vom Unfalltag an stets kränklich und früher ein sehr gesunder und kräftiger Mann gewesen wäre — berücksichtigt und zwecks Klärung somit eine weitere ärztliche Autorität gehört werden. Ferner wurde ein eingehendes ärztliches Gutachten des Dr. Frank-Braunschweig zur Bestätigung obiger Angaben beigelegt usw. Das Reichsversicherungsamt ordnete hierauf Überzeugung des Verletzten an die Universitätsklinik Göttingen zum 30. August 1910 an, von wo er am 6. September 1910 wohl zurückkehrte, aber bereits am 23. September 1910 verstarb.

Nun mußten die hinterbliebenen dieceses Rechtsverfahren weiterführen, und gleichzeitig wurden bei der Berufsgenossenschaft Anträge auf Genehmigung des Sterbegeldes und der Hinterbliebenrente gestellt. Da nun das von Herrn Prof. Hirsch-Göttingen erhaltene Gutachten zweifelhaft — also nicht bestimmt das Lungenerleiden als Unfallfolge erklärte — lautete, lehnte die Berufsgenossenschaft auch die Gewährung des Sterbegeldes und der Unfall-Hinterbliebenrente ab, so daß hiergegen ebenfalls Berufung eingelegt werden mußte. Das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung in Braunschweig lehnte am 21. April 1911 ebenfalls ohne weitere Beizeichnung die gefestigten Ansprüche der Hinterbliebenen mit folgender Begründung ab:

„Prüft man die Gutachten des Dr. J. Frank, so ergibt sich, daß dieser Sachverständige den Zusammenhang ebenfalls nur deshalb für nachgewiesen hält, weil der Verletzte nach seiner Angabe sofort nach dem Unfall blutigen Auswurf gehabt habe. Eigene Beobachtungen hat Dr. Frank selbst damals nicht gemacht, weil er den Verletzten erst in der letzten Zeit behandelt. Unter diesen Umständen erfuhr das Gutachten des Dr. Frank, der sich auf die unzulänglichen Angaben Szametas in der letzten Zeit stützt, nicht haltbar. Die Gutachten des Geh. Med.-Rats Prof. Sprangenberg sind danach in leiner Weise erfüllt, da auch das Gutachten des Prof. Hirsch nicht mehr gegen seine Verurteilung verwenden kann. Das Schiedsgericht hat demnach auf Grund der überzeugenden Gutachten des als Autorität anerkannten Geh. Med.-Rats Sprangenberg — besonders auf Grund des ausführlichen Gutachtens vom 22. November 1910 — bei dessen Ausstellung dem Sachverständigen das Gutachten des Prof. Hirsch vorlag, die Überzeugung gewonnen, daß die Lungentuberkulose weder durch den Unfall verursacht, noch wesentlich beschleunigt wurde. Da somit der Tod des Szametas nicht durch den Unfall herbeigeführt ist, so ist die Berufung unbegründet usw.“

Natürlich wurde auch gegen dieses Urteil Rechts beim Reichsversicherungsamt eingelegt, so daß die Hinterbliebenen auf Vollrente infolge Prozeßweiterführung für den Verletzten — und Hinterbliebenrente jetzt nur beim Reichsversicherungsamt lagten. Herr Dr. Frank bestätigte unter dem 6. November 1911 erneut in einem ärztlichen Gutachten das Prof. Sprangenberg — demnach am Grund der überzeugenden Gutachten des als Autorität anerkannten Geh. Med.-Rats Prof. Sprangenberg — bei dessen Ausstellung dem Sachverständigen das Gutachten des Prof. Hirsch vorlag, die Überzeugung gewonnen, daß die Lungentuberkulose weder durch den Unfall verursacht, noch wesentlich beschleunigt wurde. Da somit der Tod des Szametas nicht durch den Unfall herbeigeführt ist, so ist die Berufung unbegründet usw.“

Naturalisch wurde auch gegen dieses Urteil Rechts beim Reichsversicherungsamt eingelegt, so daß die Hinterbliebenen auf Vollrente infolge Prozeßweiterführung für den Verletzten — und Hinterbliebenrente jetzt nur beim Reichsversicherungsamt lagten. Herr Dr. Frank bestätigte unter dem 6. November 1911 erneut in einem ärztlichen Gutachten das Prof. Sprangenberg — demnach am Grund der überzeugenden Gutachten des als Autorität anerkannten Geh. Med.-Rats Prof. Sprangenberg — bei dessen Ausstellung dem Sachverständigen das Gutachten des Prof. Hirsch vorlag, die Überzeugung gewonnen, daß die Lungentuberkulose weder durch den Unfall verursacht, noch wesentlich beschleunigt wurde. Da somit der Tod des Szametas nicht durch den Unfall herbeigeführt ist, so ist die Berufung unbegründet usw.“

Hierauf fand am 21. Juni 1912 vor dem Reichsversicherungsamt in Berlin Urteil statt und wurde nach mündlicher Verhandlung für Recht erkannt: „Unter Aufhebung der Urteile des Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung in Braunschweig vom 3. Dezember 1909 und vom 21. April 1911 sowie der Bescheide vom 26. August 1909 und 13. Dezember 1910 wird die Klage verurteilt, den Kläger aus Ablauf des Rechts des Arbeiters August Szametat vom 19. Juni 1906 vom 20. Juli 1909 an die Vollrente und die gesetzliche Hinterbliebenrente zu gewähren und ihnen an außergerichtlichen Kosten 10 M. zu entlasten.“

In der Urteilsbegründung führte das Reichsversicherungsamt u. a. folgendes aus:

„Das Reichsversicherungsamt hat aus dem Unfallvorgang, wie er durch die Unfalluntersuchung festgestellt ist, die Verletzung geworden, daß nicht nur eine Verletzung der Lendenwirbelsäule stattgefunden hat, sondern daß auch eine Verhöhung der Brust in hohem Grade wahrscheinlich ist. Der Kläger saß auf einem beladenen Wagen und wollte durch die Einsicht eines Schuppens fahren, wobei er mit nach vorne geneigtem Kopfe von einem in der Einsicht angebrachten Träger an der Schulter erfaßt und heftig zusammengedrückt wurde. Es sind nun allerdings in dem Herzoglichen Krankenhaus in Braunschweig, wo der Kläger alsbald nach dem Unfall untergebracht wurde, tranchante Erscheinungen an der Lunge nicht festgestellt und diejenigen Gutachten, welche zu einer Verneinung des tatsächlichen Zusammenhangs zwischen dem Unfall und dem Lungenerleiden gelangen, haben besonderen Wert darauf gelegt, daß die ersten Erscheinungen an der Lunge erst sehr lange nach dem Unfall aufgetreten sind. Es ist diesen Gutachten aber anscheinend entgangen, daß schon am 11. Januar 1907 bei der damaligen ärztlichen Untersuchung der Kläger über Brustbeschwerden klagte. Auch in einem Schreiben des Witwes des Verletzten vom 28. Januar 1907 werden diese Klagen wiederholt; dann hat der Verletzte bei der Untersuchung vom 24. September 1907 wiederum über Brustschmerzen und Atemnot geklagt, der untersuchende Arzt hat auch damals schon objektive Anzeichen für diese Beschwerden



## Verschiedene Industrien

### Auch die Wäschereibesitzer wollen rüsten!

Die "Deutsche Wäscherei-Zeitung" berichtet in ihrer Nr. 21 vom 15. Oktober 1912 über die letzte Mitgliederversammlung des Deutschen Wäscherei-Verbandes. Auf dieser Versammlung ist auch über die Arbeiterfrage, speziell über die Tätigkeit unseres Verbandes, besonders in Hamburg, geredet worden. Nach dem Bericht wurde der Versammlung nachstehender von Hamburg gestellter Antrag unterbreitet:

"Die Ortsgruppe Hamburg beantragt, daß die Leitung des D. W.-V. die Tätigkeit der Arbeiterverbände mehr Aufmerksamkeit schenkt, hierzu klare Stellung nimmt und in der Zeitung die Mitglieder darüber aufklärt."

Zu diesem Antrag führte ein Herr Voges aus Hamburg folgendes aus:

"Die Erfahrungen, die die Hamburger Kollegen mit den Arbeiterorganisationen gemacht hätten, seien der Grund für die Einbringung des Antrages. In Hamburg habe der Fabrikarbeiter-Verband das Personal der Wäschereien organisiert und dann durch seinen Vertreter verschiedene Firmen veranlaßt, Tarifverträge abzuschließen. Es ist dabei von vornherein zu erwarten, Differenzen gekommen. Einige Firmen, die den vorgelegten Tarif zunächst nicht hätten annehmen wollen und sich verabredet hätten, ihren Betrieb am nächsten Morgen stillzulegen, hätten bald kapitulieren müssen. Denn doch es im Wäscherei-Gewerbe nicht möglich sei, den Betrieb auch nur einen Tag stillzulassen, sei bekannt. Andere Firmen in Hamburg, die bis jetzt keine Tarifverträge abgeschlossen hätten, longen die Stunde in ihren Betrieben wahren. Tarifverträge seien im Wäscherei-Gewerbe nicht angebracht. Andere Betriebe, die die Waffe der Aussperrung in die Hand nehmen könnten, müßten solche Verträge ablehnen. Im Wäscherei-Gewerbe kommt es darauf an, daß man ein gutes Verhältnis mit den Leuten aufrecht erhalte und anständige Löhne zahle, was ja durchweg auch geschiehe. Jedenfalls müsse man aber vor den Befriedungen der Arbeiterorganisation auf der Hut sein. Deshalb müßten diese Befriedungen auch in der Sitzung verfolgt und beleuchtet werden. Die Redaktion habe zwar bisher auf dem Standpunkt gestanden, daß das nicht angängig sei, weil andre Mitglieder behaupteten, es handle sich hierbei um Politik. Diese aber kann hier nicht in Frage. Die Gewerkschaften, die es doch wissen müßten, erklärten selbst, daß sie keine politische Partei seien."

Wenn seitens des Herrn Voges, der nebenbei bemerkt, dem Unterzeichneten ganz unbekannt ist, die Behauptung aufgestellt wird, daß der Fabrikarbeiter-Verband resp. dessen Vertreter in Hamburg verschiedene Firmen veranlaßt habe, Tarifverträge abzuschließen, so entspricht das nicht ganz der Wahrheit. Herr Voges scheint über den Verlauf der in diesem Jahre stattgefundenen Lohnbewegung nur vom Hören sagen orientiert zu sein. Dieses ergibt sich auch aus seinen weiteren Ausführungen. Deshalb dürfte es gut sein, einmal kurz den Sachverhalt klarzustellen.

Ende 1911 wurde von einigen Mitgliedern des D. W.-V. die Anfrage an den Unterzeichneten gerichtet, ob der Fabrikarbeiter-Verband geneigt sei, einen Tarifvertrag mit dem D. W.-V. zu tätigen. Diese Anfrage wurde bejaht, vorausgesetzt, daß die Arbeiterchaft damit einverstanden sei.

Im Februar dieses Jahres fand dann eine Aussprache mit einer Kommission des D. W.-V. statt. Seitens der Herren wurde erklärt, daß es nur im Interesse der Arbeiterchaft wie auch der Arbeitgeber liegen könne, wenn die Lohn- und Arbeitsbedingungen im ganzen Gewerbe am Orte einheitlich geregelt werden. Den Vertretern der Arbeiterchaft wurde von den Unternehmen ein Vontarif-Entwurf unterbreitet, in dem Löhne vorgesehen waren, die keineswegs den Betriebsverhältnissen und den bisher gezahlten Löhnen entsprachen. So sollten Maschinenarbeiter einen Anfangslohn von 40 Pfennig pro Stunde und nach einjähriger Beschäftigungsdauer 45 Pfennig erhalten. Arbeiterinnen sollten einen Anfangslohn von 20 Pfennig, nach einem Jahre 25 Pfennig, Plätterinnen einen Anfangslohn von 25 Pfennig und nach einem Jahre 30 Pfennig pro Stunde bei einer 9½-stündigen Arbeitszeit erhalten. Für Überstunden sollten 20 Prozent Lohnaufschlag gezahlt werden. Die Herren begründeten den Entwurf damit, daß man besonders die kleinen und mittleren Betriebe, die zum Teil noch niedrigere Löhne zahlten, als sie im Entwurf in Vorschlag gebracht wurden, berücksichtigen müsse. Selbstredend sollten die in einigen Betrieben bereits gezahlten höheren Löhne bestehen bleiben. Nach einer 1909 vom Fabrikarbeiter-Verband aufgenommenen Lohnstatistik zahlten aber gerade die kleinen und mittleren Betriebe durchschnittlich höhere Löhne, als sie von den Herren hier in Vorschlag gebracht wurden. Die Vertreter der Organisation lehnten deshalb auch den vorgelegten Vontarif-Entwurf entschieden ab. Im Laufe der weiteren Verhandlung ließen die Herren durchblicken, daß, wenn es möglich sei, einen Vertrag auf der von ihnen in Vorschlag gebrachten Basis zustande zu bringen, sie auch in der Lage seien, den Preis für das Reinigen der Wäsche zu erhöhen. Die Organisation der Arbeiterchaft sollte hier also Handlangerdienste leisten, damit die Herren dabei ein feines Geschäft machen könnten: Herabsetzung der Löhne für die Arbeiter und Erhöhung des Preises für das Reinigen der Wäsche. Das war der Plan, den die Herren verfolgten. Als die Herren sahen, daß die Vertreter der Arbeiterchaft nicht auf die Reimutten gingen, lehnte auch die Ortsgruppe des D. W.-V. es ab, mit dem Fabrikarbeiter-Verband einen Vertrag abzuschließen.

In einer weiteren Sitzung erklärte dann die Kommission der Arbeitgeber, daß einige Herren bereit seien, einen Vertrag mit dem Fabrikarbeiter-Verband zu tätigen. Den Herren wurde nunmehr seitens des Verbandes ein Vontarif-Entwurf unterbreitet. Da aber eine Verständigung durch Verhandlungen nicht zu erzielen war, beschloß eine am 16. Mai abgehaltene Versammlung der Arbeiter der in Betracht kommenden Betriebe, am 17. Mai die Arbeit solange zu tunen, bis die Verhandlungen mit den Firmen erledigt sind. Es wurde dann auch mit 4 Firmen ein Tarifvertrag vereinbart. Die Arbeitseinstellung wäre verniedlicht worden, wenn die Herren mehr Entgegenkommen gezeigt hätten.

Wenn Herr Voges nun behauptet, daß ein Tarifvertrag für das Wäscherei-Gewerbe keinen Wert hat, so wollen wir ihn in seinen Illustrationen nicht föhren. Aus dem Vorgehen eines Teiles der Hamburger Wäschereibesitzer und deren Aufführungen ergibt sich das Gegenteil. Des Ruhels Kern aber ist, daß man der Arbeiterchaft das Mitbestimmungsrecht bezüglich Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht einkräumen will. Man will Herr sein im Hause. Diesen Standpunkt haben die Herren bisher auch weidlich gegen ihre Arbeiterchaft in Anwendung gebracht. Arbeiter und Arbeiterinnen, die es gewagt haben, für die Interessen ihrer Organisation einzutreten, sind rücksichtslos aufs Pfafferei gesetzt

worden. Und das, obwohl die Herren immer versicherten, daß sie gegen die Organisation der Arbeiterchaft nichts einzupredigen hätten. Dieselben Herren, die sich bisher damit befleisteten, daß auch sie einmal die Arbeiterklasse getragen haben, die sich rühmen, auch einmal gewerkschaftlich und politisch organisiert gewesen zu sein, gebaren sich nunmehr als die echten Scharrnacher. Aber es ist gut, daß man die Masken fallen läßt und das wahre Gesicht zeigt.

Die Herren Wäschereibesitzer hätten alle Ursache, Hand in Hand mit der Arbeiter-Organisation zu arbeiten. Die Verhältnisse im Gewerbe sind eben die denselben schlechtesten. Die Schmutzkonkurrenz ist an der Tagesordnung und stützt sich vornehmlich auf die Ausbeutung der Arbeitskraft. Niedrige Löhne und lange Arbeitszeit findet man in den meisten Betrieben vor. In den Großbetrieben werden die Arbeiterinnen mit 10, 11 und 12 Mark pro Woche abgespeist.

Die Bestimmungen der Gewerbeordnung werden in vielen Fällen nicht beachtet. Erst am 8. Oktober wurde seitens des Schöffengerichts in Hamburg ein Wäschereibesitzer zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er fortgesetzt seine Arbeiterinnen länger als 10 Stunden beschäftigte.

Wenn die Herren Wäschereibesitzer glauben, sich der Organisation der Arbeiterchaft entgegenstemmen zu müssen, so wird dadurch nur eine Unruhe eintreten. Die Organisation wird gewissungen sein, denen, die ihr die Anerkennung versagen, den Beweis zu liefern, daß sie ein Recht hat, bei Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ein Wörtchen mitzureden. Wir sind aber auch der Überzeugung, daß gerade das Gebaren der scharrnachischen Veranlagten Unternehmer dazu beitragen wird, daß der Gedanke der Organisation um so schneller und besser bei der Arbeiterchaft Eingang findet.

F. Voges, Hamburg.

### Aus der Fischindustrie.

Der "Bremische Bürger-Zeitung" wird von dem Generalsekretär des Vereins der Fischindustriellen Deutschlands geschrieben:

"In den Jahren 1904 bis 1908 befand sich die deutsche Hochseefischerei in einer recht ungünstigen Lage. Die damalige wirtschaftliche Depression übte auch auf den Abfall der Fisch- und Fischfondsewerben einen sehr ungünstigen Einfluß aus. Erfreulicherweise war der Rückgang unserer Fischerei nur ein vorübergehender. Bereits die Jahre 1909 und 1910 brachte eine merliche Besserung. Allerdings konnten die Fischereigefestigkeiten in diesen beiden Jahren ameist keine Dividenden ausschütten, die Überschüsse mußten zur Deckung der Fehlbeträge der Vorjäre dienen. Das Jahr 1911 brachte für die Hochseefischerei, soweit sie sich mit dem Fischfang befaßt, eine weitere Besserung der Lage. Trotz der enormen Höhe im Sommer dieses Jahres, die den Geschäftsgang der Fischerei und des Fischhandels natürlich ungünstig beeinflußte, haben die meisten Gesellschaften geradezu alsniedrig abgeschnitten. Das Vorjahr wird wohl den Geschäftsjahr jedoch noch weit übertragen werden. Unsre Fischdampfer haben auf allen Fanggründen ausgezeichnete Fänge gemacht. Dazu kommt noch, daß die Preise aller Fischarten ungewöhnlich hoch sind. Ganz seltsame Erscheinung sind die außerordentlich großen Matrosenlöhne unserer Fischdampfer. Die Matrosen sind kein Fisch, der sich nur in den oberen Regionen des Wassers aufhält. Wie es kommt, daß er in diesem Jahre massenhaft in die Grundsleppnetze unserer Fischdampfer gerät, wird die internationale Meeresforschung noch aufzuklären haben.

Die Wiedererstarkung unserer Hochseefischerei ist zunächst auf den wirtschaftlichen Aufschwung der letzten Jahre zurückzuführen, sodann auf die außerordentliche Propaganda, die in letzter Zeit für die Hebung des Seefischkonsums gemacht wurde und schließlich auf die allgemeine Fleischsteuerung."

Angesichts der sonst von den Unternehmern und ihren Vertretern immer angesetzten Klageleider ist es erfreulich zu erkennen, daß hier einmal offen und ohne Vorbehalt zugegeben wird, daß die Unternehmer goldeine Tage haben. Leider können wir, so angenehm uns das auch wäre, von der Arbeiterchaft nicht das gleiche berichten. Im Gegenteil, gerade in letzter Zeit werden die Arbeiter und Arbeiterinnen der Fischindustrie von den Unternehmern härter als je bedrängt. Weil die Arbeiterchaft unter dem Druck der elenden Verhältnisse sich zusammengezogen hat und bereit um Besserung der allzu mangelhaften Arbeitsbedingungen kämpft, wollen die Unternehmer ihre Arbeiterinnen durch "anspruchlos" d. h. in der Kultur niedriger stehende weibliche Arbeitskräfte erlegen. Sie suchen im östlichen Deutschland billige und willige Arbeitskräfte, um ihren Profit gegen jedes Aufzehrnen der Arbeiterkosten sicherzustellen. Dieses Beginnen ist um so unanständig, als die Unternehmer ja, wie oben von ihrem Generalsekretär zugegeben wird, gute Löhne haben, also sehr wohl der Arbeiterchaft bessere Arbeitsbedingungen gewähren können. Es liegt auch nicht eben so, daß weibliche Arbeitskräfte nicht vorhanden wären. Im Gegenteil, wenn die Fischindustriellen angemessene Arbeitsbedingungen gewähren wollen, erhalten sie Arbeiterinnen in Fülle. Die für die Organisationsarbeit unter der Arbeiterchaft der Fischindustrie eingesetzte Zentralkommission rückt deshalb an die Arbeiterchaft folgenden Aufruf:

### Aktion, Fabrikarbeiterinnen!

Im Auftrage der vereinigten Fischfondsewerbanten werben Stellenvermittler, namentlich im östlichen Deutschland, Arbeiterinnen für die Fischfondsewerbanten an, obwohl in den Dören, in denen die Fischindustrie vertreten ist, genügend weibliche Arbeitskräfte zur Verfügung stehen.

Deshalb richten wir an alle Arbeiterinnen das dringende Etwuchen, etwaige Arbeitsangebote für die Fischfondsewerbanten zu widerstreichen, da die Anenahme der Fischindustriellen lediglich darauf abzielt, die Löhne der Arbeiterinnen zu drücken.

### Hoch die Solidarität!

### \* Notizen vom Wirtschaftsmarkt.

Die Vereinigten Gummiwarenfabriken Hatzburg e. K. haben ihren Geschäftsrückblick für das 40. Geschäftsjahr veröffentlicht und konstatierten ein befriedigendes Resultat. Der Rohgummarkt gestaltete sich im abgelaufenen Geschäftsjahr besser, und insgesamt war ein besseres Disponieren möglich. Die Beschäftigung war in den drei Werkstätten gut bis an die Sättigung, in der der Abfall an Gummiabfällen infolge Schneemangels fast beträchtlich wurde. Der Bericht belegt die niedrigen Verkaufspreise in Österreich und Deutschland für Auto- und Fahrradreifen; alle Verträge, die zu erhöhen, seien ergebnislos verlaufen. Über die Beteiligung an anderen Werken sagt der Bericht, daß die Internationale Galatia-Gesellschaft Hoss u. Co., Hamburg-Paris, die aus fa. geführten Erwartungen über eine günstige Weiterentwicklung des Wertes voll erfüllt habe. Nicht so günstig lautet der Bericht über die Rautenkraft-Gesellschaft Schönau u. Co. Infolge schwächerer Verhältnisse müsse diese Gesellschaft ihren Betrieb einschränken. Infolge der Verluste Hoss u. Co., die aber aus dem Gewinn der Beteiligung bei der Galatia-Gesellschaft doppelt gedeckt werden können, soll trotzdem eine Extraabteilung von 300 000 Kr. vorgenommen werden.

Das Gewinn- und Verlustkontor verzeichnet eine Erhöhung der Gewinne von 545 196 Kr. auf 562 339 Kr. Die sozialpolitischen Kosten stiegen von 207 371 Kr. auf 265 788 Kr.; davon entfallen auf die Pensionskasse der Arbeiter und Beamten 93 035 Kr. Der Bruttonwert beträgt 1 131 433 Kr. Davon werden 5 Prozent Dividende in Höhe von 800 000 Kr. verteilt, 500 000 Kr. für Abschreibungen und Abschreibungen verbraucht, 10 Prozent Lohnsteuer gleich 93 142 Kr. dem Rautenkraft und noch ein Prozent Superdividende auf das Aktienkapital. Gestellt, so daß die Dividende im ganzen 8 Prozent beträgt. — Die Kunden der Hildesheimer Gummiwarenfabriken, Geb. Hatz, bringen für das abgelaufene Geschäftsjahr 10 Prozent Dividende zu Vertheilung. — Düsseldorf. Der Betriebsrat der Hatzkrafts AG beschließt, 3. November, die Währung, T. G. auf 324 922 auf 324 521 Mark. Auf 750 000 Kr. Bausparzetteln werden wieder 3 Prozent und auf 35 Millionen Mark Stammsatteln 9 Prozent Dividende verteilt. — Glauchau. Die Generalversammlung der Pfeiferer Kunspfeifefabrik beschloß die Herabsetzung des Grundkapitals von 1,5 auf eine

Million Mark, sowie die Wiedereröffnung des Kapitals auf 1,5 Millionen Mark durch Ausgabe neuer Bausparzetteln zum Kurs von 100 Prozent. Sollten die neuen Aktien nicht voll gezeichnet werden, so wird die Gesellschaft liquidiert.

### \* Todlicher Unfall in der Hildesheimer Buderstofferei.

Der 40jährige Arbeiter Wittel war auf der Hildesheimer Buderstofferei mit dem Schneiden der Transmission beschäftigt. Hierbei würde er von einem Stiemen erschlagen und um die Scheibe herumgeschleudert, wobei ihm der rechte Arm und ein Teil der rechten Brustseite abgerissen sowie der Kopf zerquetscht wurde. Ein jüngerer Bursche der das Unglück mit anhat, fiel sofort in Ohnmacht. Der auf so grausame Weise ums Leben gesommte Mann hinterläßt eine Witwe und fünf Kinder. — Über den bedauерlichen Unfall wird von der Buderstofferei mitgeteilt: Der Transmissionsschreiber Wittel hatte eine im Betriebe befindliche Bentήge zu schämen. Er wurde hierbei vom Stiemen erschlagen und so schwer verletzt, daß der Tod sofort eintrat. Die Ursache des Unglücks liegt darin, daß Wittel, entgegen den Vorschriften, die Bentήge im vollen Betriebe zu schwieren versuchte, anstatt ihren Stillstand abzuwarten. Es ist eigenartlich, daß man nun die Schuld an dem Unfall dem Arbeiter zuschieben will. Innerlich ein Zeichen, daß Ursache vorhanden ist, sich von der Sache trennen lassen. Denn es häufen sich hier die Unfälle mit tödlichem Ausgang dermaßen, daß dabei einer Betriebsleitung schlecht zumute werden kann. Wenn wir nicht irre, ist dieses im Jahre 1912 der vierte Unfall, welcher den Tod zur Folge hatte. Waren die übrigen dann auch schuld an ihrem Unfall? Wäre es nicht wahrlich an der Zeit, daß der Gewerbeinspektor dem Betriebe seine Misserfolge schenken würde? Wir können den Gedanken und das Gefühl nicht loswerden als sei hier an den Schutzvorschriften nicht alles in Ordnung. Der Arbeiter schreibt möglicherweise, daß gerade das Gebaren der scharrnachischen Unternehmer dazu beitragen wird, daß der Gedanke der Organisation um so schneller und besser bei der Arbeiterchaft Eingang findet.

### \* Unfall-Viße.

Zu der Dunlopfabrik in Hanau verunglückte am 13. Oktober der 27 Jahre alte Gummiarbeiter Philipp Hosader aus Langenselbold. Er war mit der rechten Hand in eine Welle geraten; dem bedauernswerten Manne wurden dabei vier Finger vollständig von der rechten Hand gerissen. Hosader fand sofortige Aufnahme im Landkrankenhaus; man befürchtet die Amputation des Hand oder sogar des ganzen rechten Armes. Der Verlust ist für den Verunglückten um so schlimmer, weil er vor einigen Jahren in einem Sägewerk drei Finger der linken Hand an der Kreissäge einbüßte.

## Gewerkschaftliche Rundschau.

### Theodor Bömelburg f.

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung hat einen ihrer besten verloren. Theodor Bömelburg, der langjährige Vorsitzende des Maurerverbandes, ist am Donnerstag, dem 17. Oktober, an einer Herzähnzung verstorben.

Im besten Mannesalter, gerade erst die 50 Jahre überschritten, fiel er, von dem die deutsche Arbeiterbewegung noch viel erwarten konnte, als Opfer einer tödlichen Krankheit, die ihn zu schwerem Siechtum verdammt hatte. Seit langerer Zeit schon mußte seine Umgebung in schwerem Leid erkennen, daß an eine Wiedergewinnung des Freuden nicht mehr zu denken sei. Mit ihm ist einer der tapfersten Kämpfer der deutschen Arbeiterbewegung, besonders der Bauarbeiterbewegung, aus dem Leben geschieden. Bömelburg war geboren am 27. September 1862 in Bevensen in Westfalen. Er besuchte die Volksschule und erlernte dann den Maurerhandwerk. Geselle geworden, ging er auf die Baubauarbeiter. Er kam nach Hamburg, war dort in der Arbeiterbewegung tätig und wurde bald mit verschiedenen Ehrenposten betraut. So wurde er zunächst Vorsitzender des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands. Als 1894 der damalige Vorsitzende des Maurerverbandes, A. Damann, starb, wählte die Hamburger Baufirma des Maurerverbandes, die damals noch den Verbandsrat in Altona war, Bömelburg in den Verbandsvorstand. Und der Verbandsrat in Altona wählte ihn zum Vorsitzenden des Verbandes.

Als im Jahre 1909 die Maurer und Bauhilfsarbeiter die Verschmelzung ihrer Organisation in einem einheitlichen Verband beschlossen, wurde Bömelburg zum Vorsitzenden dieses neuen Verbandes gewählt. Leider konnte er auf diesem Posten nur sehr kurze Zeit wirken. Sein während und nach der großen Auspaltung im Jahre 1910 machten sich bei ihm die ersten Spuren geistiger Verzerrung bemerkbar.

Eine Kur in Biesbaden kann seine geretteten Nerven nicht mehr kräftigen. Nach langer Arbeit, die er nun wieder aufnahm, rißte er erneut Erholung suchen. Er ging nach Elgersburg im Thüringer Wald. Aber dort verschlechterte sich sein Zustand derart, daß Bömelburg in die Klinik des Projekts Vinzenz in Jena gebracht werden mußte. Seit dem Sommer 1911 wußten seine näheren Bekannten, daß auf eine Wiederherstellung Bömelburgs nicht mehr zu hoffen sei. Anfang 1912 wurde er in ein Hamburger Krankenhaus übergeführt, seit einigen Monaten war er in Privatpflege. Jetzt hat der Tod diesem an Arbeit und Erfolgen reichen Leben ein Ziel gesetzt. An seiner Bahre aber trauert die gewerkschaftlich und politisch organisierte Arbeiterchaft Deutschlands.

### Der 17. gewerkschaftliche Unterrichtskursus

wurde vor einigen Tagen im Gewerkschaftshaus in Berlin im Beisein der Mitglieder der Generalkommission von dem Vater der Kurse, Geistlichen Höffendorf, nach einer kurzen Ansprache eröffnet. In diesem wurde wiederum betont, daß durch die Kurse nicht eine vollständige Durchbildung der Teilnehmer erfolgen, sondern nur Anregung zu weiterer systematischer Schulung gegeben werden könne. Die Zahl der Beteiligten zu diesem Kursus beträgt 72. Mehr als 30 Meldungen von Teilnehmern nutzten für die nächsten beiden Kurse, die im Frühjahr 1913 stattfinden, vorgemerkte werden, da nicht mehr als 40 Teilnehmer zu jedem Kursus zugelassen werden sollen. In den Unterrichtsfächern ist nur insofern eine Änderung eingetreten, als die Vorträge über die Reichsversicherungsordnung vermehrt und dadurch die Vorträge über Bahnposten und Geldverkehr ausfallen müssen, weil eine Verlängerung der Kurse über sechs Wochen hinaus nicht zweckmäßig ist.

Der Unterrichtsplan sieht sich wie folgt zusammen: Über die Geschichte der deutschen Gewerkschaften unterrichtet Karl Legien; gesetzliche Gewerkschaften Paul Umbau; gewerkschaftliche Literatur Joseph Salenbach; Nationalökonomie Max Schippel; Statistik Max Grunwald; Kartelle Max Colmar; Ausland Ed. Bernstein; Strafrecht Heinemann; Arbeiterförderung Gustav Bauer, Hermann Müller, Robert Schmidt und Rud. Bösel; Arbeitsvertrag Simon Rosenblum; Arbeiterforschung Robert Schmidt; Gewerbehygiene Prof. Dr. Sommerfeld.

## Rundschau.

## Übersichts-Tabelle über die Arbeitslosigkeit im 3. Quartal 1912.

Gau	Zahlstellen	Mitgliederzahl am Schlusse des Quartals			Bz oder Abnahme gegen das 2. Quartal 1912	Arbeitslose Mitglieder an Orte (unterstützte und nicht unterstützte)	Von den Arbeitslosen bezogen Verbandsunterstützung (insgesamt im Quartal)												
							a) am Orte			b) außer der Heimat									
		männl.	weibl.	zusammen			männl.	weibl.	zusammen	Soz. Säge	Marl	weibl. Mitglied	Bz. der Zuge	Marl	soziale Mitglieder	Soz. Säge	Marl		
1.	49	14 219	2 484	16 703	-	143	419	38	457	336	4 157	5 014	25	301	187	494	978	1078	
2.	47	19 787	3 119	21 106	+	205	570	39	609	199	3 698	4 732	29	559	337	315	555	592	
3.	47	14 080	1 137	15 227	+	821	661	38	699	369	4 440	5 465	19	273	162	200	515	563	
4.	40	10 699	360	11 059	+	276	110	-	110	87	993	1 264	-	-	45	111	118	19	
5.	20	4 745	128	4 873	-	14	62	-	62	33	433	457	-	-	3	8	9	4	
6.	36	7 794	1 592	9 326	+	333	166	36	202	117	1 450	1 554	25	588	327	27	56	68	
7.	49	25 442	4 815	30 257	-	57	256	41	297	157	1 652	1 946	31	438	265	209	308	449	
8.	42	8 336	912	9 248	-	194	272	21	293	240	3 522	4 095	21	306	169	140	252	282	
9.	27	7 996	3 229	11 225	+	2	419	118	537	205	2 157	2 459	58	796	465	101	231	374	
10.	17	6 841	2 994	9 835	-	190	421	236	657	118	1 563	1 774	19	273	153	104	389	428	
11.	31	7 002	1 750	8 752	+	50	205	31	236	86	1 620	1 506	29	640	385	108	264	298	
12.	20	7 885	361	8 246	-	27	128	4	182	84	848	1 025	3	74	44	70	168	176	
13.	24	9 959	793	10 752	+	213	210	4	214	60	1 006	1 059	3	60	35	210	476	521	
14.	30	4 290	180	4 470	+	251	89	1	90	50	616	734	-	-	123	261	310	-	
15.	49	31 573	3 943	35 516	+	50	938	61	994	654	7 109	8 236	38	618	383	999	2136	2455	
Einzelmitglieder	-	108	4	112	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	7	25	17	
	528	180 766	25 941	206 707	+	1585	4921	668	5589	2801	35 264	41 310	300	4926	2917	3148	6703	7721	12
																50	31		

Folgende Zahlstellen haben die statistische Berichtsliste nicht rechtzeitig oder überhaupt nicht eingezahlt: Gau 1: Blomberg, Lehme, Detmold, Dissen, Fischhausen, Eilen, Gronau, Herzburg, Langelsheim, Winteln, Velzen, Blohs. Gau 2: Esterwerda, Mühlberg, Parey, Stendal. Gau 3: Potsdam, Stolzen. Gau 4: Güstrow, Malchow, Warnemünde. Gau 5: Bromberg, Kolmar, Naramowice, Dobril, Poen, Tuppens, Baillomo. Gau 6: Goldberg, Lauban, Neustadt (Oberschlesien), Strelen, Trebnitz. Gau 7: Königswalde, Löbau, Oelsnitz, Radeburg, Schleiz. Gau 8: Jena, Gimenow. Gau 9: Naumburg, Loslau, Ziegendorf. Gau 10: Freising, Geiseltal, Hausham, Kempen, Neufahrn, Penzberg. Gau 11: Freiburg, Pforzheim, Sulzau, Wangen i. Altm. Gau 12: Dagersheim, Saarbrücken, Wiesenthal. Gau 13: Gernsheim, Höchst-Grenzhausen, Kahl, Lorsch, Obernhof, Wetzlar, Sandbach, Wirges. Gau 14: Andernach, Bendorf, Düsseldorf, Emmerich, Gelsenkirchen, Goch, Hagen, M. Gladbach, Neuburg, Troisdorf, Viersen. Gau 15: Hemer, Leer, Marne, Northeim, Oldenburg, Varel, Westerland.

Rohseinerzeugung 17 Millionen Tonnen  
Kupfer pro Tonne 4 Marl  
Gesamtverarbeitung 68 Millionen Marl

Dennach würde die Gesamtirtschaft um 212 Millionen en Marl durch die Verarbeitung des Rohmaterials belastet. Und solche Preisaufschläge werden von den Verbänden einschließlich diktieren, die Konsumen sind ihre Hörigen, die sich schweigend sagen müssen. Gegen Arbeiter, die versuchen, durch Zusammenhalt ihre Lohnverhältnisse zu verbessern, erheben die kapitalistischen Interessenvertreter, wie z. B. Dr. Tille, den Vorwurf der Erpressung, stellen sie mit Dieben und Räubern auf eine Stufe. Und vor solcher Ordnung der Dinge sollen die Arbeiter auch noch einen heiligen Siegelt befreien!

Ein Kommando zur Unterdrückung eines Streiks.

Dass Polizei und Gendarmerie bei Streiks nicht die Ausgabe haben, die sogenannte Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten oder die unschuldigen Streikbrecher zu schützen, ist oft genug in eßtaler Weise zu zeigen. Um ungenügendkeiten zu zeigen es sich beim großen Bergarbeiterstreik, dass die Sicherheitsmaßnahmen dazu dienen waren, den Grubenarbeiter hellsichtig zu bestreiken, um den Streik niedergeschlagen zu können. Dass Polizei diese Absicht, ohne weitere Partei gegen die Streikenden zu nehmen, innerhalb, vor nach ihrem drangangestiegenen Zustand erledigt, zweifellos war bisher nur noch, ob sie von ihrer vorgefeierten Behörde direkt dazu bestellt wurden. Wir sind in der Lage, diesen Beweis heute liefern zu können. Folgt uns das folgende interessante Schriftstück, das sich auf den Streik der Holzplagerbeiter in Tilsit bezieht:

Tilsitburg, den 4. September 1912.

U. S.  
Dem Fußwächter Besitz.

Sie werden hiermit nach Tilsit zur Unterdrückung eines Streiks kommandiert. Kommandiert werden beim Oberwachtmeister Beßling in Splitter. Kommandant ist mitzubringen. Amtssitz des Kommandos sofort nach Empfang dieses Besuchs. Ihre Befreiung übernimmt der berittene Hauptwachtmeister Görlitz.

Pierslowitz, Oberwachtmeister.

Mit dem Kommando zur Unterdrückung des Streiks kommandiert! Ein solches Kommando wird nicht vereinzelt dastehen, nur zu jährlich kommt dies hier an die Leistungsfähigkeit. Ist es da ein Wunder, wenn bei den kleinen Streiks und bei den geringsten Anlässen Streikende einfach über den Haufen geschossen werden? Wie kann der Polizei, Gendarmerie und Soldat nach sozialem militärischem Druck keine Aufgabe anders aufladen, wenn er zur Unterdrückung des Streiks mit dem Karabiner kommandiert wird? Dafür zahlen also die deutschen Steuerzahler ihr jener betriebsloses Geld zur Erfüllung der Sicherheitsmaßnahmen, um bei Auslösung des Hauses gejagt zu werden.

## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachung des Vorstandes.

Das Kommando in Hannover lehnt es ab, an uns gerichtete Sendungen mit der Aufschrift: "Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands" auszuhändigen. Es wird die Angabe eines persönlichen Empfängers gefordert!

Nur Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands" vernehmende Postabteilungen gelangen mit dann zur Ablieferung, wenn der Verband in das Vereinssiegel geprägt eingetragen oder der Beauftragtenpostfach durch entsprechende Bescheinigung ausgewiesen wird. Das erfordert lehnen wir ab, das zweite jetzt politische Ausweitung des Verbandes vorzu. Darauf verzichten wir auch.

Wir erinnern daher daran, dass alle für den Verband bestimmten Zusendungen mit der Aufschrift:

August Stoy, Hannover, Kielstraße 7, Mittelbau,

zu versehen sind.

Gesamte alle für die Redaktion des "Proletarier" bestimmten Sendungen persönlich zu abtreppen, und zwar an

H. Schneider, Hannover, Kielstraße 7, 2. Et., Mittelbau.

### Unterstützungsliste.

Zum 1. Oktober 1912 ist die vom Verband eingeflossene Unterstützungsliste für die Verbandsfunktionäre in Kraft getreten. Das Streik ist im Bericht des Verbandsstages Seite 191/192 enthalten. Als Beitrag haben die Zahlstellen 5 Prozent der Mitgliedschaft und Zehnt an die Spitäler zu entrichten. Der Beitrag ist jährlich zu untersetzen zu entrichten. Die Unterstützung des Beitrags ist gleichzeitig mit Annahme und Untersetzung der Zahlstelle in die Spitäler Zahlstellen, die den Beitrag nicht bis spätestens 1. November einleiten, haben keinen Anspruch an die Spitäler.

Die Grundlage der Beitragsermittlung gilt die Mitgliedschaft am Ende des 3. Quartals 1912. Der Beitrag für das Jahr 1912/13 ist geändert an den späteren Zeitraum einzuführen, und darf mit der Übereinstimmung nicht verglichen und nicht an die G.E.G.

gezahlt werden. Wird das Geld gleichzeitig mit andern Beträgen eingezahlt, dann muss der Zweck ausdrücklich angegeben werden.

### Der Vorstand.

Ein Flugblatt "Die gelben Werkvereine" befindet sich im Soz und können Bestellungen aufgegeben werden.

### Verbandskalender 1913.

Bestellungen auf unsern Taschenkalender werden noch entgegengenommen, doch ersuchen wir die Zahlstellenleitung, soweit sie bis jetzt ihren Auftrag unter Angabe der Zahl der gewünschten Exemplare nicht eingezahlt haben, dies nunmehr als bald zu tun.

In absehbarer Zeit wird der Schluttermittwoch für Annahme der Bestellungen bekanntgegeben. Später einlaufende Aufträge können nicht mehr berücksichtigt werden.

Die Berichte über im Jahre 1912 beendete Lohnbewegungen sowie die Abschriften von abgeschlossenen Tarifverträgen sind, soweit das noch nicht geschehen, sofort an den Vorstand einzufinden. Die sofortige Einsendung ist nötig, wenn die Statistik über die Lohnbewegungen und Streiks des Jahres 1912 rechtzeitig erscheinen soll. Schlussberichtsformulare sind, falls nicht vorhanden, vom Vorstand abzufordern.

Am 15. Oktober an gingen bei der Hauptklasse folgende Beträge ein: Harlingerode 100,70, Chemnitz 50, Heilbronn 430,65, Halle a. d. Saale 115,89, Hirschberg i. S. 50,90 M. Eisenberg, S. A. 45,65, Marne 887,83, Bautzen 682,30, Lüderdorf 533,24, Böhlitz 504,44, Dömitz 497,25, Olbersdoe 406,41, Herzberg 364,97, Neustadt a. d. Saale 525,27, Witten 323,78, Granitz 323,63, Obersdorf 315,40, Reichenbach 297,29, Genthin 280,25, Bitterfeld 274,06, Briesel 250,95, Göttingen 178,14, Duisburg 170,35, Parchim 143,65, Borna 130,95, Meißen 124,15, Böhlen 115,27, Nordhausen 105,33, Mühlberg i. S. 102,82, Mittweida 87,88, Hagen i. Westf. 68, Weisen 59,46, Burg 6, Magdeburg 43,49, Hamm i. R. 39,59, Bremen 32,69, Lübeck 29,60, Burgdorf 19, Frankfurt a. M. 13,50, Erfurt 92,93, Geesthacht 69,24, Solingen 185,27, Wunsiedel 1286,46, Wismar 1275,88, Lüdenscheid 882,75, Altwasser 634,16, Liebermann 543,45, Planen i. S. 528,89, Lünen 380,92, Neudamm 367,12, Stolp i. S. 366,56, Neudeutsch, O.-L. 338,85, Gronau 300,65, Überherrn 299,55, Orlam 292,20, Bitterfeld 284,10, Döbeln 278,51, Bendorf 246,18, Görlitz 237,81, Riedersehner 234,98, Grünseidau 207,94, Soltan 198,67, Herzfelde 192,10, Naumburg a. S. 166,60, Doberan 166,28, Willmar 155,98, Böhlitz 131,61, Grünseidau 135,25, Langenholz 57,39, Böhlitz 48,82, B. Elsener 47,40, St. Jürgen 41,09, Böhlitz 24,46, Pahlhufe 16,68, B. 50, B. 50, Jürgen 15,47,80, Berlin 10,288,70, Lüdenscheid 1230,37,



london eine Pauschalé, die genau dem Lohn für 1½ Überstunden entspricht. Das sind ja „glänzende Erfolge“ der Gelben, die den Arbeitern den Gehalt erhöhen und der Amtlin aus nicht bezahltem Arbeitslohn ermöglichen, einige Beamten zu befördern, die die Vermittlung von Kartoffeln und andern Sachen zu übernehmen haben. Die bürgerliche Presse schreibt dann wieder von unerträglicher Wohlhaber, indem sie die Wohlhaber dann auszählt.

Im Chromsäurebetrieb prägt aber auch noch der Jubiläumsrundum. Wenn ein Arbeiter oder Vorgesetzter 25 Jahre für die Fabrik gekämpft hat, dann wird der Betriebsrat bei den Arbeitern geschworen, um den Jubilar am Tage der 25jährigen Arbeitsjahr über seine Lage hinwegzutäuschen. Einige Arbeiter haben den Mut, sich anzuhören; die Mehrzahl greift aber in den Beutel. Das wird verständlich, wenn das Vorgehen des Aufsehers Gieger berücksichtigt wird. Ein Arbeiter stand vor seinem Jubiläum. Er verbat sich ausdrücklich die Sammlung. Aufseher Gieger aber erklärte, der Betriebsrat schreibe nur die Jubiläumssumme auf. Nun mag die Direktion bei Herrn Dr. Schmitz nachfragen, ob er Gieger zur Betriebsleitung angehalten hat.

X Wieder einmal die „Silesia“.

Wie so oft, müssen wir uns wieder einmal mit der chemischen Säure- und Dünigerfabrik „Silesia“ in Woschitz, Kreis Breslau, beschäftigen. Diese Fabrik ist eine von denjenigen, die in bezug auf schlechte und rücksichtlose Arbeits- und Wohnerhältnisse mit an erster Stelle steht. In diesen Betrieben ist außerordentlich schwere, gefährliche Arbeit zu verrichten. Durch ein sehr ausgetragenes Alterssystem wird die Leistungsfähigkeit des Arbeiters bis aufs äußerste angespannt. Im Frühjahr und Herbst setzt die Kampagne ein, wo einige Wochen hindurch die Schinderei eine geradezu ungewöhnliche ist. Während dieser Zeit werden gewöhnlich eine Anzahl Ausländer eingestellt. Diese bekommen jedoch einen höheren Lohn als diejenigen, die am Orte wohnen und sich schon jahrelang in dieser anstrengenden herumgeschunden haben. Liegt das vielleicht daran, dass man die Ausländer nicht so niedrig einzässt wie die Heimischen, die für einen erbärmlichen Lohn tronen? Oft legen die Arbeiter auch darüber, dass der Lohn nicht stimmt. Wiederholte ist es vorgekommen, dass der Lohn um 2 bis 3 M., ja sogar bis zu 6 M. niedriger war, als sich die Arbeiter ausgerechnet hatten. In letzterem Falle waren die Arbeiter gezwungen, sich auf ihrem Lohn noch einen Vorzugslohn geben zu lassen. Hier müssen wir doch einmal die Frage aufwerfen: Wie ist es denn möglich, dass derartige Differenzen entstehen können? Ist das Alterssystem so rostig angelegt, dass der Arbeiter nicht umsteht, sich seinen Verdienst zu berechnen, oder — ? Wenn sich die Arbeiter an ihren Betriebsleiter wenden, der die „Silesia“ aufstellt, dann werden sie auf die nächste Lohnzahlliste verzerrt, und wenn die nächste Lohnzahlliste herankommt, ist es immer wieder die alte Geschichte. Bei der Direktion vorstellig zu werden, geraten sich viele Arbeiter gar nicht, weil sie eben der Meinung sind, dass bei vielen Leuten die Gewissheit und das Arbeitserfolgswollen dort aufhört, wo der Gehalt anfängt.

Der Tagelohn in der „Silesia“ bewegt sich zwischen 2,60 M. bis 2,80 M.; nur ganz vereinzelt wird eine Sonderlohn mehr gezahlt. Über 3 M. geht der Tagelohn nicht hinaus, und wenn der Arbeiter ein ganzes Werktag in dem Betrieb beschäftigt ist. Der Alterslohn schwankt zwischen 18 bis 22 M. pro Woche und ist nur während der Kampagne etwas höher. Bei diesen Lohnziffern kann es wohl jeder Mensch begreifen, dass auch der geringste Lohnausfall von dem Arbeiter schwer empfunden wird.

Die vielgefürchtete Praxis, durch Wohlhaberseinrichtungen die Arbeiterschaft über die niedrigen Löhne hinwegzutäuschen, findet sich auch hier. Es erinnert nur an die sogenannte Arbeiter-Sitten- und -Waffen-Pensionssäge, bei welcher das Beste der Schönlinge Name ist. Ein reizendes Beispiel ist die Beleidigung dieser Säge, wie im Staat ausserordentlich hervorgehoben wird, die Arbeiterschaft nicht. Es ist allerdings eine alte Geschichte, dass all diese „Wohlhaberseinrichtungen“ nur ein „Gute Worgana“ sind, die in ein Richtscheit, sobald man von ihnen Gebrauch machen will. Als „Weihnachtsgeschenk“ erhalten alle Verheirateten Arbeiter 20 M., ledig 15 M. und Arbeiterrinnen 10 M. Bedeutung ist aber, dass die Leute innerhalb zweier Jahre in der Fabrik beschäftigt sein müssen. Wir sind der Meinung, dass die Arbeiterschaft ganz auf diese Gnade geschenkt würde, wenn dafür ein ausreichender Lohn gezahlt, die niedrige 24-stündige Beschäftigungszeit abgesetzt und in ihrer keiner Beziehung Einrichtungen getroffen würden, die die Arbeiterschaft der Notwendigkeit entheben, ihre Gesundheit und ihr Leben aus Spiel zu legen. Wie sagt doch der Dichter:

Das prunkt und precht ihr in dem Wohlhaberfeld?  
Gott mit den Lohn, den wollen, unverzicht!  
Wir wollen Recht nur und Gerechtigkeit,  
Nicht Bettelprediken, wie ihr sie gewöhnt.

Diese Wohlhaberseinrichtungen haben ja doch nur den Zweck, den Interessen von der Betreuung seiner Interessen, von der Organisation, abzulenken. Ein großer Teil der „Silesia“-Arbeiter scheint auch wirklich den Weg zur Organisation nicht zu finden oder nicht finden zu wollen. Dagegen kann man in diesem Bereich Kriegscenter, evangelische und katholische Arbeiterschränke oft antreffen. Unter diesen Umständen ist es nur zu begreifen, dass sich unter den Arbeitern selbst ein gewisses Schmerzgefühl entgegenstellt hat. Sobald ein freies Wort ausgesprochen wird, fliegt nach es den Vorgesetzten hinterbracht. Vielleicht glauben diese Leute, an die Judasatt die Einfälle zu erhalten oder sich Lebensstellung zu erneuern. Das Übrige sind sie gleichgültig und interessenos über wirtschaftlichen Lage gegenüber. Geschimpft wird allerdings von allen über den geringen Verdienst und die schlechten Arbeitsergebnisse, aber zu einem energischen Vorgehen durch die Organisation verabredet hat die Sache entschieden nicht entspannen. Deshalb wird ihnen in ihren religiösen Arbeiterschränken die Zusage der Betriebsratswahl gestellt und sie werden auf ein besseres Zeitalter vertraut. No, und kann jetzt ja, und den Unternehmen wird es auch so gelingen, dass der dümmste Arbeiter ja bedeutend das beste Arbeitsergebnis hat. Wir halten es allerdings mit Heinrich Heine: „Wir wollen uns frohen glücklich sein, und wollen nicht mehr darüber beschließen, soll nicht der junge Gott, was Freude Hände erwerben.“ Trotz aller eindrucksvollen Erfahrungen gehen wir die Hoffnung nicht auf, dass es auch in die Arbeiterschaft der „Silesia“ der „Geist der Rebellion“ seinen Ursprung haben wird, vielleicht gerade durch die „Ausländer“. Ohne genug haben wir zum Eintritt in den Arbeiterschränken angefordert. Die Universität der Chemischen Industrie muss weiter gehen. Wir haben dafür erst Anspruch an einen Zusammensetzung des Rates angetreten. Es ist bestehend eine große Übereinstimmung, die sich leichter vielleicht einmal bilden würden, wenn die Arbeiterschaft dem Kreis der Unternehmer gleichzeitig und interessenos gegenübersteht. Wir setzen einen Arbeiters der chemischen Fabrik, nur eben einer Arbeiters der chemischen Fabrik, auf dem einen oder dem anderen in der „Silesia“ beschäftigten, bringend, und dem Arbeiterschränken engagieren, um für alle Fälle gesichert zu sein. Seinetwegen ist sehr gewarnt!

X Zusammenfassung. Zum Jahre 1910 folgten die Arbeiter der chemischen Fabrik zu Sonderzwecken einen ersten kleinen Kampf mit den Sitzungen zweier Sozial- und Arbeiterschränke. Seither ging der Kampf weiter. Seit dieser Zeit hat der Direktor der Fabrik, Dr. Gieger, kein Fabrikarbeiter mehr und keinen Mittler mehr, jenseit ist er in der Fabrik beschäftigt hat. Rache gezeichnet. Die Direktion liegt zweifelhaft einem kleinen Betrieb zu unterst, ein gewisser Peter Schneider, der früher, als er noch Mitglied der Organisation war, die Direktion und andere Unternehmer waren, die er kannte, wollte, die den Gouverneur legten für die gelebte Trennung. Der kleine Betrieb wurde nun unter Vollgas gesetzten, während er sich nicht gegen Schneider und Betriebsleiter verteidigen konnte, um die neu gegründete organisierte Arbeit zu unterstützen, in den gelben Betrieb einzutreten. Sie verteidigte es durch einen kleinen Arbeitern, der schon seit dem Jahre 1899 in der Fabrik beschäftigt ist, dass er der Betriebsleiter liegen liegt und ihm nicht hilft, dass für ihn keine Arbeit mehr ist. Da der Betrieb nach dem Grunde freigeht, legte ihm der Betriebsleiter, der nicht so ihm nicht liegen kann und nicht kann, denn er kann dies ja! Auch musste er in dieser Zeit Arbeit entgehen, die bei 12 Tagen noch länger im Betrieb arbeiten. Jüngste Arbeiters, die er sich gestellt waren, erhielten wieder die Direktion und den Betriebsleiter, die nicht mit ihrem Interesse die Organisation und dem Betrieb auszutauschen zu können. Die Sache kann fürchterlich. Die Sache will, dass die Sache fallen und sinken.

### X Unfall-Blitz.

So inburg. In der chemischen Fabrik von Union Peppa Schone, Fabrik österreichischer Oele und chemischer Produkte, in Wöhrd erzeugte sich am 15. Oktober abermals ein schwerer Unfall. In dem Raum explodierte eine alte kupferne Blase. In der Blase war Klo-Harz enthalten, aus dem Vorratsholz gezogen wird. Nachdem das Öl aus der Blase bereits entfernt war, entdeckte der Arbeiter, der die Blase bediente, dass die Holzleitung außerordentlich beschädigt war. Der Arbeiter holte nun den Betriebsmauerer, damit dieser die Holzleitung wieder aufsetze. Als die beiden dann die Blase beschädigten, zersprang dieselbe, wobei dem Maurer die Augen schwer verletzt wurden, so dass er wahrscheinlich seine Augenlicht einbüßt wird. Wie verlautet, war das Ubergangsröhr völlig mit Harz zugesetzt, so dass unbedingt die Explosionsgefahr besteht. Wer trägt nun die Schuld an diesem Unfall? Ist es dem Maurer, der die Holzleitung überwacht, nicht bekannt gewesen, dass das Rohr verschlossen war? Man hätte doch die Pflicht gehabt, vorher die ganze Einrichtung einer Prüfung zu unterziehen. Von der Gewerbeinspektion ist angeordnet worden, dass in dem Kessel im Autolavenhaus, der vor längerer Zeit explodiert, und wobei der Arbeiter Schwere beide Augen verlor, ein mechanisches Rührwerk angebracht werden sollte. Dieses Rührwerk ist bisher nicht angebracht worden. Der Hamburger Gewerbeinspektion ist dies von der Verbandsleitung bereits im Laufe der vorhergehenden Woche mitgeteilt worden, aber trotzdem ist die Anbringung des Rührwerks nicht erfolgt. Wie stellt sich nun die Hamburger Gewerbeinspektion hierzu? Misshandelt der Arbeitgeber die Anordnungen der Inspektion, so besitzt doch letztere auch die Macht, schließlich den Arbeitgeber zu zwingen, den Anordnungen Folge zu leisten. Oder nicht?

## Papier-Industrie

### Schutzvorrichtungen am Papierquetschmaschinen.

Im ersten Oktoberfest der „Sozial-Achse“ berichtet Ingenieur Schirmer einige Schutzvorrichtungen an Quetschmaschinen, die die Verlegungen der Hand durch das Messer ausgleichen sollen. Er vertheidigt die Tatsache, dass die neuen Quetschmaschinen schon beim Bau mit entsprechenden Schutzvorrichtungen versehen werden. Aber es gibt noch eine große Anzahl Quetschmaschinen alten Systems, wo diese Schutzvorrichtungen nicht angebracht werden können. Man müsse deshalb schon auf andre Schutzmittel Bedacht nehmen, weil trotz der Vorrichtungen die Maschine nicht immer stillgehalten wird, wenn die Papierbahn in Unordnung geraten ist. Gerade die alten Quetschmaschinen entbehren fast jeder Schutzvorrichtung, so dass man sich nur wundern muss, dass nicht noch mehr Unfälle passieren.

Die Schutzvorrichtung, die Schirmer berichtet, die auch an den Quetschmaschinen alten Systems angebracht werden kann, ist eine einfache Holzleiste, die so an der Messerwelle angebracht wird, dass sie dem Messer um 60 Grad vorausläuft und die Hand, die sich mit dem in Unordnung geratenen Papier beschäftigt, rechtzeitig wegdrängt, so dass sie vor Verlegungen durch das Messer geschützt wird. Diese Schutzvorrichtung scheint geeignet zu sein, Verlegungen der Hand zu verhindern. In einer Papierfabrik, in der vorher am Quetschstellen in einem Jahr mehrere Unfälle passierten, ist die Schutzvorrichtung schon einige Jahre in Anwendung, ohne dass seit der Anbringung ein Unfall stattgefunden hätte. Man sollte nun meinen, diese Schutzvorrichtung müsste nun von den Unternehmen mit Freuden begrüßt und sofort an den noch ungeschützten Maschinen angebracht werden. Das scheint aber nicht der Fall zu sein. Außer der erwähnten Papierfabrik hat sich keine einzige gefunden, die bereit gewesen wäre, diese Vorrichtung an sich einzufügen, um sie einzuführen. Schirmer war mit seinen Versuchen nur auf die oben erwähnte Fabrik angewiesen. In Hand von Zeichnungen, die Schirmer seinem Artikel beigegeben hat, muss jeder Fachmann zu der Überzeugung kommen, dass die Vorrichtung mindestens einen weitgehenden Erfolg lohnt, zumal die Anbringung mit nur geringen Kosten verbunnen ist.

Schirmer berichtet ferner, dass die Maschinenfabrik „Zum Bruderhaus“ an den von ihr gebauten Quetschmaschinen eine Schutzvorrichtung unter dem Messer anbringt. Diese besteht aus einem riedernen Eisenstab, der die Hand wegdrücken soll. Diese Vorrichtung mag jedoch bei dem häufigen Ausschlüpfen des Messer jedesmal entfernt werden. Die erwähnte Maschinenfabrik erklärt nun, dass die Arbeiter nach dem Messerstellen diesen Stab aus dem Veilem nicht mehr wieder anbringen. Es werden da aber wohl andre Ursachen misstreichen. Ein grosser Teil Schädel trägt vielleicht die Antreiberei, die in Papierfabriken üblich ist, vielleicht ist es aber die Vorrichtung selbst impraktisch oder gar schädlich. Mir scheint, dass sie ganz nahe am Messer angebracht ist, eher geeignet ist, die Hand festzuhalten, damit sie nicht schadhaft werden kann.

An einer Quetschmaschine, die die Firma Müller, Posthappel, herstellt, ist das Messerbaum auch oben durch eine Schutzhaube geschützt, so dass ein Holzleisten mit der Hand von oben verhindert wird. Von unten wird die erwähnte Holzleiste angebracht.

Dass brauchbare Schutzvorrichtungen vorhanden sind und dass sie auch an den Maschinen alten Systems angebracht werden können, ist schon oft bewiesen worden. Das gilt natürlich nicht für alle Unternehmen, aber sehr viele. Und das wird auch erst anders werden, wenn nicht nur die Beamten der Betriebsgenossenschaft und der Gewerbeaufsicht die Schutzvorrichtungen überwachen, sondern wenn auch die Arbeitgeber dabei eintrig und sachkundig mitwirken.

### Gaukonferenz im Gau 10.

Am 22. September tagte unsre Gaukonferenz im Saale des Geisselstädterbrauerei in Augsburg. Die Tagesordnung lautete: 1. Konstituierung der Konferenz. 2. Bericht des Gauvorsitzenden. 3. Bericht über den Dresdner Verbundstag. Referent: A. Lanz. 4. Die Bedeutung der Presse im wirtschaftlichen Kampfe. Referent: Kollege Händel. 5. Anträge und Beschlüsse. Die Konferenz war von 31 Delegierten besucht. Außerdem waren anwesend der Kollege Stille-Händel sowie die sechs Mitglieder des Gauvorstandes. Rang Eröffnung der Burenwahl und sonstige übermalnheiten nahm der Gauleiter Stille-Stamer das Wort zur Ergänzung seines gestrichen vorliegenden Berichts. Demselben ist zu entnehmen, dass sich die Mitgliederzahl von 8702 auf 9766 erhöhte. Die Zunahme beträgt demnach 1244 Mitglieder. Außerdem ist die Zunahme in unserem Gau von rund 8000 Einwohnern und 700 Arbeitern verblieben leider nur um 1300 in unserm Gau. 2200 reichen ab, so dass für uns und Leipziger noch die ungemein hohe Zahl von 5500 bleibt. Hier, so führt der Bericht erläutert aus, durch Kommissionen, deren Mitglieder austretende Politiker in den Wahlungen befinden, um die Größe ihres Zuschnitts zu kennen und sie dann event. zur weiteren Wahlbereitschaft zu bringen, recht segensreich wären. Die Agitation ist in Länge der letzten Jahre in ein anderes Stadium getreten. Die Zahl der sogenannten öffentlichen Versammlungen ist zurückgegangen. Nicht geplagt wurden bisher die Betriebsversammlungen. Speziell in den größeren Fabriken sind die öffentlichen Versammlungen recht selten geworden. Zur Feier der Tagungen wurden vom Gauvorstand an Flaggentafeln gespendet: 400 für die Papier- und Zellstoffindustrie, 5000 an die chemischen und metallischen Betriebe und 2000 an die Arbeiterschaft der chemischen Industrie, 500 an die Bündelsarbeiter und ergänzt noch weitere 1000 allgemein gehaltene Wahltafeln. Höchst der Bericht wurde durch den Gauvorstand durch die Gaukonferenz bestätigt und durch den Gauvorsitz der Gaukonferenz bestätigt.

Diese gründliche Würde eines um Anstreben nach verlegten Unternehmen ist zu begrüßen. Es bildet sich nämlich allgemein die Überzeugung bei den Unternehmen ein, dass sie sich gemeinsam gegen das Streit aber alles gegen die Arbeiter erlauben dürfen.

brauch gemacht. Es ist dies um so mehr zu bedauern, weil in den meisten Fabriken nur kleinere und auch wenig Betriebe vorhanden sind, so dass also jedem einzelnen Unternehmer mehr Wissensschatz geschenkt werden muss. Gewiss ist die Bandogitation nicht die angenehmste Art Mitglieder zu gewinnen, aber sie ist die erfolgreichste und damit die notwendigste.

Kollege Lauthel referierte über die Verhältnisse des Dresdner Verbundstages. Beimtagen wurde vom Kollegen Kohler der Vortrag beugt der Wirtschaft. Kollege Stille-Händel gab Auskunft über die Bewegung zu diesem Vortrag. Händel-Augsburg hielt ein treffliches Referat über den Wert der Arbeiterspreche in den wirtschaftlichen Kämpfen der Arbeiter. Das Wort nahm dann Arbeitersprecher Müller-Augsburg, um nach einem kurzen Rückblick auf die Versammlungen die Delegierten zu neuer Wertheit einzuladen. Angenommen wurde ein Antrag, der die Fabrikstellen zur intensiven Massenaktion verpflichtet, ebenso ein anderer, der die Bildung von sogenannten Massenkommissionen fordert. Der nächste Gautag findet in Regensburg statt.

## Polizei und Gerichte.

### 8 Monatliche Obersenften für schlechte Ausreden.

Im Mai und Juni dieses Jahres streiten die Arbeiter des Tonwerks Böhmingen a. F., weil der Unternehmer jedes Entgegenkommen auf eine Lohnforderung der Arbeiter ablehnt. Um Stillschweigen zu bekommen, inscirierte der Vorsitz des Komitees, Ruppmann, nach Arbeitern. Dabei behauptete er, bei ihm bestünde kein Streit. Auf Grund dieser Inserate meldeten sich dann eine Anzahl Arbeiter, von denen einige, als sie die Sache erkannten, die Annahme der Arbeit ablehnten. Ein von den durch die Behauptungen des Unternehmers gefährdeten Arbeitern erhoben dem Gewerbericht Klage auf Erfolg des ihnen entstandenen Schadens. Das Gewerbericht erklärte sich für unzuständig, infolgedessen ging die Klage an das Amtsgericht Stuttgart. Dieses verurteilte den Unternehmer, den beiden ihren Schaden im Betrage von 17,50 und 19,30 M. zu ersezten.

Bemerkenswerter als das Urteil selbst ist der Versuch des Unternehmers, den laien Sachverhalt zu verwischen. Ganz konntet er nicht beweisen, dass die Arbeiter die Arbeit gemeinschaftlich niedergelegt hatten, also streiten, und ebensoviel konntet er ablehnen, dass er in den Inseraten die Behauptung aufgestellt hatte, es bestehet kein Streit. Trotzdem bestreit er, eine arglistige Lüpfung verübt zu haben, denn — der Streit sei seiner Meinung nach kein richtiger Streit gewesen. Ein Streit bestehet nach Ansicht des Herrn Ruppmann natürlich nur dann, wenn die Arbeiter unter Kontraktbruch die Arbeit niedergelegt, sondern die Arbeit verhältnissmäßig regelrecht auf, so ist das nach Ruppmann kein Streit, sondern — ja, der Himmel weiß was sonst! Herr Ruppmann verfocht diese sonderbare Auffassung nicht etwa nur nebenbei, er erklärte sich vielmehr ausdrücklich bereit, eindlich zu bekräftigen, dass das wirtschaftlich und wohlfühlend seine Auffassung sei. Diese natürliche „Weltzweckheit“ steht aber dem Gericht über die Sache entgegen, in der Begründung einige Sätze einzufügen lassen, die sich Herr Ruppmann bestimmt nicht hinter den Scheiben stellt, vielleicht auch gerade deswegen, dass er trocken läuft unterbreiten wollen. Es heißt in den Gründen des Urteils:

„Der Anspruch der Kläger ist nach § 826 B/B begründet. Der Kläger hat, um Arbeiter für seine Fabrik zu bekommen, in Zeitungsanzeigen bepunktet, wo er die Arbeit niedergelegt, um sie durch diese Verleihung bestimmen lassen, nach Böhmingen zu reisen, wodurch ihnen, wie der Kläger ja nicht bestreitet, der eingetragene Schaden entstanden ist. Die Vorstellung aufgestellt hat, es bestehet kein Streit, sondern — ja, der Himmel weiß was sonst! Herr Ruppmann verfocht diese sonderbare Auffassung nicht etwa nur nebenbei, er erklärte sich vielmehr ausdrücklich bereit, eindlich zu bekräftigen, dass das wirtschaftlich und wohlfühlend seine Auffassung sei. Diese natürliche „Weltzweckheit“ steht aber dem Gericht über die Sache entgegen, in der Begründung einige Sätze einzufügen lassen, die sich Herr Ruppmann bestimmt nicht hinter den Scheiben stellt, vielleicht auch gerade deswegen, dass er trocken läuft unterbreiten wollen. Es heißt in den Gründen des Urteils:“

Der Verteilung der Kläger ist nach § 826 B/B begründet. Der Kläger hat, um Arbeiter für seine Fabrik zu bekommen, in Zeitungsanzeigen bepunktet, wo er die Arbeit niedergelegt, um sie durch diese Verleihung bestimmen lassen, nach Böhmingen zu reisen, wodurch ihnen, wie der Kläger ja nicht bestreitet, der eingetragene Schaden entstanden ist. Die Vorstellung aufgestellt hat, es bestehet kein Streit, sondern — ja, der Himmel weiß was sonst! Herr Ruppmann verfocht diese sonderbare Auffassung nicht etwa nur nebenbei, er erklärte sich vielmehr ausdrücklich bereit, eindlich zu bekräftigen, dass das wirtschaftlich und wohlfühlend seine Auffassung sei. Diese natürliche „Weltzweckheit“ steht aber dem Gericht über die Sache entgegen, in der Begründung einige Sätze einzufügen lassen, die sich Herr Ruppmann bestimmt nicht hinter den Scheiben stellt, vielleicht auch gerade deswegen, dass er trocken läuft unterbreiten wollen. Es heißt in den Gründen des Urteils:“

Der Verteilung der Kläger ist nach § 826 B/B begründet. Der Kläger hat, um Arbeiter für seine Fabrik zu bekommen, in Zeitungsanzeigen bepunktet, wo er die Arbeit niedergelegt, um sie durch diese Verleihung bestimmen lassen, nach Böhmingen zu reisen, wodurch ihnen, wie der Kläger ja nicht bestreitet, der eingetragene Schaden entstanden ist. Die Vorstellung aufgestellt hat, es bestehet kein Streit, sondern — ja, der Himmel weiß was sonst! Herr Ruppmann verfocht diese sonderbare Auffassung nicht etwa nur nebenbei, er erklärte sich vielmehr ausdrücklich bereit, eindlich zu bekräftigen, dass das wirtschaftlich und wohlfühlend seine Auffassung sei. Diese natürliche „Weltzweckheit“ steht aber dem Gericht über die Sache entgegen, in der Begründung einige Sätze einzufügen lassen, die sich Herr Ruppmann bestimmt nicht hinter den Scheiben stellt, vielleicht auch gerade deswegen, dass er trocken läuft unterbreiten wollen. Es heißt in den Gründen des Urteils:“

Wilhelm Schröder, Geschichte der sozialdemokratischen Parteiorganisation in Deutschland ist soeben in der durch die Chemische Verbindung der Organisationsangehörigen verfassten Ausgabe erschienen. Das Inhaltsblatt ist die Seite 4 und 5 der im Verlag von Fritsch & Co. in Dresden vom Genossen Grunwald herausgegebene „Bildungs- und Fortbildung zur sozialdemokratischen Bildung.“ Das Doppelblatt, das 100 Seiten stark ist und wieder ausgeschnitten aufgestellt ist, kostet 75 Pf.

Die Kommission, Rundschau von Paul und Victor Marquart, bringt unter Verleihung, die Buchhandlung „Völkerstimme“ in Frankfurt a. M., in einer dritten, ungelungenen Auflage aus dem Deutschen Reichsamt für Volksbildung, die aus 122 Berichten besteht,